

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungverleger-Vereins (D. Z. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg, Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensdorf bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auspörrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Kieferer, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Nichterhalt der Zeitung durch höhere Gewalt aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg. von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 gesp. Petitzeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 10 R.-Pfg., Nachweise-Karst, Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Verlag 1878, Fernsprecher Nr. 209, Postfach Nr. 43. Adressen: Amt Leipzig Nr. 4436, Bantonto: Vereinsbank Waldenburg, Filiale Waldenburg, Stadtbüro Waldenburg 90. Anzeigen gehen nur bei pünktlicher Zahlung, bei Zwangsversteigerung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Siehe weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Oberhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Siegelheim.

Nr. 190 Sonntag, den 16. August 1931 54. Jahrgang.

Neue Notverordnungen zur Sicherung der Finanzen.

Amtlicher Teil.

Aufgebot.

Die Sparfassenbücher

626, Louis Mahn in Siegelheim, 976, derselbe, 1018, derselbe, 1561, derselbe, 8087, Eduard Schellenberger in Waldenburg und 9444, Anna Köhner in Glauchau als verlorengegangen gemeldet worden. Die Inhaber der Bücher werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen vier Wochen anzumelden. Werden in dieser Frist keine Widersprüche erhoben, werden die Sparfassenbücher für kraftlos erklärt und neue ausgefertigt.

Waldenburg (Sa.), am 12. August 1931. Die Stadtparkasse.

Montag, den 17. August 1931, vorm. 10 Uhr im gerichtlichen Versteigerungsraum 1 Radioapparat mit Lautsprecher und 1 Oetreibetur messbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 15. August 1931.

Infolge der großen Notlage der einzelnen Länder ist nicht mehr möglich, die Selbstständigkeit der kleineren Länder anrecht zu erhalten.

Die kommunalen Arbeitgeberverbände haben mitgeteilt, dass sie sich zur Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter gezwungen sähen.

Die gesamte deutsche kurzfristige Verschuldung beläuft sich auf 7 Milliarden Mark.

Der preussische Staatshaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 350 Millionen Mark ab.

Der braunschweigische Landtag ist auf den 15. September einberufen worden.

In Hamburg wurde in der Nacht zum Freitag ein Eisenbahnanschlag verübt.

Die österreichische Regierung hat den Völkerbund ersucht, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs zu prüfen und Abhilfe zu schaffen.

In der Gegend von Ranch sollen Ende August Luftkämpfe abgehalten werden.

Zwischen der englischen Regierung und den Führern der Opposition haben Verhandlungen stattgefunden, die gemeinsame Anstrengungen zur Behebung der finanziellen Not bezwecken.

In Russland ist der Plan der allgemeinen Schulschließung durchgeföhrt.

In Macao in China wurden durch eine Dynamitexplosion 28 Personen getötet.

Waldenburg, 15. August 1931.

Die Schwierigkeit, die schweren terroristischen Verbrechen aufzuklären, die in den letzten Tagen ganz Deutschland aufgeschreckt haben, liegt darin, daß es sich um Unternehmungen kleiner, besonders gut geschulter und innerlich einigartiger Gruppen handelt, aus deren Kreis wohl kaum ein Verrat zu erwarten ist, und die durch die Besonderheit ihrer Verweise schwer zu fassen sind. Die Mordanschläge auf kommunistische Terror-Organisationen, in der die Polizei die Organe des verbotenen Rotfrontkämpferbundes vermutet, sind augenscheinlich in eine Anzahl kleiner Gruppen unterteilt worden, die nach ganz bestimmten Richtlinien und unter Anwendung einer terroristischen Technik vorzugehen, für die das Vorbild aus dem vorrevolutionären Russland stammt. Es ist die Rückkehr zur Einzelaktion, die durch die russischen Sozialrevolutionäre durch Jahrzehnte hindurch bestrebt waren, das zaristische System zu zerstören, eine Methode, die zwar zahlreiche Opfer zur Folge brachte, aber auch zahlreiche Opfer bei den Terroristen selbst gefordert hat und an deren Stelle der Bolschewismus grundsätzlich die Massenaktion als Kampfmittel eingeföhrt hat. Man erinnert sich offenbar, daß jene zahlreichen Einzelaktionen tatsächlich eine Belastungsprobe ge-

wesen sind, unter der die Staatsautorität in dem zaristischen Russland zeitweilig zu zerbrechen drohte, man begehrt aber einen Fehlschluß, wenn man glaubt, durch diese Methode in Deutschland, wo die psychologischen Voraussetzungen ganz andere sind, Erfolg erzielen zu können, und ganz besonders täuscht man sich, wenn man hofft, durch diese Meuchelmorde bei der deutschen Arbeiterschaft Verständnis und Sympathie für den Kommunismus zu erwerben. Die Empörung über die hinterhältige Art, wie Beamte des Staates in Ausübung ihrer Pflicht niedergestreckt werden, ist allgemein, wie der Wunsch, daß es gelingen möge, die Täter und mehr noch ihre Hintermänner zu fassen und zur Rechenschaft zu ziehen. Das gilt ebenso für den Anschlag auf den Basel-Berliner D-Zug, bei dem nur durch ein Wunder eine furchtbare Katastrophe vermieden wurde, und dessen Urheber zweifellos ebenfalls in politischen radikalen Kreisen zu suchen sind, wobei im jetzigen Stand der Nachforschungen gewisse Anzeichen ebenfalls in der Richtung auf den Linksradikalismus deuten.

Es ist in kommunistischen Kreisen, sowohl von der russischen Zentrale aus wie aus dem Lager ihrer deutschen Anhängererschaft oft und eindeutig genug ausgesprochen worden, daß für die nächste Zukunft das Schwergewicht der Aktion nach Mitteleuropa, in erster Linie nach Deutschland, verlegt werden müsse, weil hier der Boden am besten bereitet sei für die entscheidende Erschütterung der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Ueber diese grundsätzliche Planung gewalttätiger Unternehmungen hinaus fehlt es nicht an Einzelbeweisen für eine gesteigerte Aktivität des Kommunismus in Deutschland und auch nicht an Beweisen dafür, daß für diese Offensive von Moskau aus Anregungen und Mittel in reichem Maße zur Verfügung gestellt werden. Man kann damit rechnen, daß die Unternehmungen, die infolge der letzten Gewalttaten mit besonderer Energie betrieben werden, hier noch neues Material zutage fördern. Dann wird es allerdings dringend notwendig sein, in Moskau sehr energisch Einspruch zu erheben, damit diese Einmischung in innerpolitische deutsche Verhältnisse endlich aufhört; der Einwand, daß Komintern mit russischer Regierung nichts zu tun habe, zieht nicht mehr.

Wenn man aber auch mit vollem Recht hofft, daß die Bemühungen der Behörden Aufklärung bringen und die Möglichkeit zu energischem Durchgreifen schaffen werden, so ist es doch nötig, darauf hinzuweisen, daß mit der Befriedigung über diesen Eifer der Behörden und über ihre Erfolge die Allgemeinheit nur eine passive Rolle spielt, auf die sie sich unter solchen besonderen Verhältnissen nicht beschränken darf. Das noch aus der früheren Zeit überkommene Gefühl, daß es gut ist, zwischen sich und dem Vertreter des Staates, insbesondere den Polizeibeamten, einen gewissen Abstand zu halten, muß in solchen Zeiten dem Verständnis dafür weichen, daß die Organe der öffentlichen Sicherheit der tätigen Unterstützung durch die Allgemeinheit bedürfen, daß ihnen nicht nur jeder brauchbare Hinweis auf Beobachtungen wertvoll ist, sondern daß auch tatkräftige Hilfe in besonderen Fällen die Pflicht des Bürgers ist, der von der Polizei den Schutz seiner Person und seines Eigentums erwartet, und der sie deshalb nicht im Stich lassen darf, wenn sie bei der Erfüllung dieser Pflicht in Bedrängnis gerät. Nur durch Zusammenwirken aller staatsbehaltenden Kräfte wird es möglich sein, die Welle des Terrors abzufangen, die Deutschland bedroht.

Braun verteidigt sich

Berlin, 15. August.

Auf einer Massenkundgebung der SPD im Sportpalast ging der preussische Ministerpräsident Braun ausführlich auf das Verhalten der preussischen Regierung vor dem Volksentscheid ein. Die Staatsregierung habe sich im Kampf um den Volksentscheid sehr zurückgehalten, die Regierung habe ebenso wie im Parlament das Recht, sich gegen die Angriffe der Gegner zu wehren. Man habe sich besonders darüber aufgeregt, daß die Regierung zwei Tage vor der Entscheidung eine Kundgebung an die Wählerschaft habe ergehen lassen, die einen Anspruch darauf hätte, daß die Regierung erkläre, wie sie zu diesem Volksentscheid stehe. Der Redner führte dann Stellen aus der gegnerischen Presse an, worin es heißt, daß die Staatsregierung den Verfall des Volksentscheids den größten Dienst erwiesen hätte. Bei so etwas schreibe, könne sich nicht nachher beschweren, die Rundaebuna habe das Ergebnis des Volksentscheids zumun-

gunsten der Volksentscheidsparteien beeinflusst. Die Staatsregierung hätte mit dieser Kundgebung weder die Presse noch die Meinungsfreiheit unterdrücken wollen. Er, der Ministerpräsident, habe den Abdruck der Kundgebung zwei Tage vor dem Volksentscheid erzwungen, damit die Blätter der Gegner Gelegenheit hätten, noch auf die Kundgebung zu antworten. Ueber die Aenderung der Notverordnung müsse an anderer Stelle noch gesprochen werden. Der Umstand, daß der Herr Reichspräsident Ehrenmitglied des Stahlhelms ist, verpflichtet mich nicht, mich und die preussische Regierung vom Stahlhelm und seinen Volksentscheidsgenossen, die ja vom Kreml in Moskau bis zum Braunen Haus in München reichen, ohne Widerspruch verunglimpfen und beschimpfen zu lassen. Ich bin im politischen Leben stets gewohnt, auf einen Schelm anderthalbe zu setzen, auch auf die Gefahr hin, daß dadurch einige journalistische Gouvernanten bis in gewisse demokratische Blätter hinein aus ihrem seelischen Gleichgewicht gebracht werden.

Laval telephonierte mit Brüning

Paris, 15. August.

Ministerpräsident Laval hat sich Freitagabend telephonisch mit Reichkanzler Dr. Brüning in Verbindung gesetzt. Er hat ihm nochmals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht wie zuvor dem deutschen Botschafter von Hoersch, sich wegen des Gesundheitszustandes des Außenministers Briand nicht zum ursprünglich vorgesehenen Datum nach Berlin begeben zu können. Er hat hinzugefügt, daß er nach wie vor sehr sehnsüchtig den Wunsch habe, die in Paris im vorigen Monat eingeleiteten Besprechungen sobald wie möglich wieder aufzunehmen.

Der telephonische Anruf des französischen Ministerpräsidenten beim Kanzler hat seinen Grund nach Auffassung politischer Kreise wohl in dem Bedürfnis des Ministerpräsidenten Laval, auch vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß die Verschiebung der Berliner Reise nichts mit irgendwelchen politischen Gründen zu tun habe. Ein solches Telefongespräch zwischen den beiden Chefs der französischen und der deutschen Regierung ist immerhin keine alltägliche Angelegenheit. Es dürfte vielmehr das erste Mal gewesen sein, daß zwischen ihnen diese zwanglose und im Vergleich zum sonstigen diplomatischen Verkehr vertrautere Form der Verständigung angewandt wurde. Das Gespräch hat nach französischen Darstellungen etwa zwanzig Minuten gedauert. Auch daraus ergibt sich, daß es völlig abwegig wäre, hinter der Verschiebung des Besuchs andere Gründe zu suchen, als den in Frankreich und in Deutschland gleichermaßen bedauerten Gesundheitszustand Briands. Jedenfalls hat man in Berliner politischen Kreisen durchaus verstanden, was der französische Ministerpräsident mit diesem Anruf zum Ausdruck bringen wollte, und hat die freundliche Geste mit Genugtuung begrüßt.

Verschiebung des französischen Besuchs.

Das Befinden Briands noch nicht zufriedenstellend.

Berlin, 15. August.

Wie aus Paris verlautet, wird der geplante französische Ministerbesuch wegen des noch nicht hinreichend geklärteten Gesundheitszustandes von Briand nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, bereits in diesem Monat stattfinden, sondern erst im September.

Ueber die Vertagung des Berliner Besuchs hat der französische Ministerpräsident Laval ein mit dem deutschen Botschafter v. Hoersch vereinbartes Communiqué der Presse übergeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß der 26. und 27. August als Datum für die Berliner Reise vorgeschlagen gewesen sei.

Die Ärzte.

Die über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand befragt worden seien, hätten zwar mit der lebhaftesten Befriedigung die Fortschritte festgestellt, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe, sie hätten jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nicht vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung seiner für einen Monat anberaumten Kur gestatten könnten.

Da Ministerpräsident Laval und Botschafter Hoersch darin übereinstimmen, daß eine Teilnahme Briands an dem Berliner Besuch unerlässlich sei, seien sie darüber einig, daß die Reise auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkerbundtagung liegt.